

MDR, 20.01.2011, **Polizei hätte Neonazi-Aufmarsch ermöglichen müssen**, -, <http://www.mdr.de/sachsen/8130269.html>

Das Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar sorgt schon im Vorfeld erneut für Streit. Das Dresdner Verwaltungsgericht hat am Donnerstag entschieden, dass die Polizei einen Trauermarsch der Neonazis vergangenes Jahr hätte ermöglichen müssen. Daraufhin hat die NPD mehrere Landtagsabgeordnete angezeigt, die zur Blockade des Aufmarschs dieses Jahr aufrufen.

Die Polizei hätte den Aufmarsch von Neonazis am 13. Februar 2010 in Dresden ermöglichen müssen. Das hat das Dresdner Verwaltungsgericht am Donnerstag entschieden. Konsequenzen aus dem Urteil waren noch nicht absehbar. Das Innenministerium und die Dresdner Polizei wollten für eine ausführliche Stellungnahme die schriftliche Begründung der Verwaltungsrichter abwarten.

Trauermarsch war gerichtlich genehmigt

In einem Verfahren hatte die rechtsextreme Junge Landsmannschaft Ostdeutschland gegen den Freistaat Sachsen geklagt. Das Gericht stellte wörtlich fest, "dass der Beklagte es rechtswidrig unterlassen hat, durch Einsatz geeigneter polizeilicher Mittel den Aufzug des Klägers am 13.2.2010 zu gewährleisten." Die Neonazis hatten einen sogenannten Trauermarsch angemeldet. Gegen die behördliche Auflage aus Dresden, lediglich eine stationäre Veranstaltung auf dem Vorplatz des Bahnhofs Neustadt durchzuführen, hat sich die Landsmannschaft im Vorfeld der Veranstaltung in zwei gerichtlichen Eilverfahren erfolgreich zur Wehr gesetzt. Gleichwohl hatte es die Polizei ihr nicht gestattet, den Aufzug wie vorgesehen in Bewegung zu setzen. Die Polizei verwies auf Blockaden und sonstige Störungen durch Gegen-demonstranten im Verlauf der geplanten Aufzugsstrecke.

Am Gedenktag der Bombardierung Dresdens während des Zweiten Weltkriegs hatten Tausende Menschen aus ganz Deutschland gegen die Neonazis protestiert. Die Polizei sah sich wegen der Massen außerstande, diese Blockaden zu räumen. Die Neonazis mussten Dresden verlassen, ohne aufmarschiert zu sein.

NDP-Fraktionschef Apfel zeigt Abgeordnete an

In einer ersten Reaktion auf das Urteil hat NPD-Fraktionsvorsitzender Holger Apfel am Donnerstag Strafanzeige gegen mehrere Mitglieder des Sächsischen Landtages gestellt, die einen Aufruf zur Blockade des Trauermarsches am 13. Februar dieses Jahres unterzeichnet haben. In diesem Jahr haben die Rechtsextremen erneut Demonstrationen angekündigt. Apfel geht nach eigenen Angaben davon aus, dass es sich bei den Blockaden 2010 um Straftaten gehandelt hat. Nunmehr müsse er zur Kenntnis nehmen, dass die Angezeigten erneut zur

Blockade des auch am diesjährigen 13. Februar geplanten Trauermarsches aufrufen, hieß es von der NPD.

Linken stellen Rechtsstaat infrage

Die Linken im Landtag teilten unterdessen mit: "Wenn das Verwaltungsgericht Dresden es allen Ernstes für rechtswidrig hält, einen Naziaufmarsch nicht mit Polizeigewalt durchzuprügeln, ist etwas faul im Rechtsstaat Sachsen." Sie verwiesen auf das Bundesverfassungsgericht, das im November 2009 festgestellt hatte, dass es richtig ist, Nazi-Propaganda aufgrund der besonderen deutschen Geschichte nicht als Bestandteil des breiten Spektrums schützenswerter Meinungen zu verstehen.

Neonazis wollen am 13. Februar mit einem regionalen Fackelmarsch an den 66. Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten erinnern. Für den 19. Februar haben die Rechten zu einer überregionalen Großveranstaltung in Dresden aufgerufen.

MDR, 20.01.2011, **Landesweite Razzia in der rechtsextremen Szene**, -,  
<http://www.mdr.de/sachsen/8129725.html>

Ermittler der Sonderkommission (Soko) Rex haben am Mittwoch eine sachsenweite Razzia in der rechtsextremen Szene durchgeführt. Wie das Landeskriminalamt (LKA) mitteilte, wurden neben dem NPD-nahen Verlag "Deutsche Stimme" in Riesa Wohnungen, Firmen und Gaststätten durchsucht.

Etwa 70 Beamte waren laut LKA in Chemnitz, Wurzen, Eilenburg und fünf weiteren Städten im Einsatz. Es wurden CDs mit mutmaßlich verfassungsfeindlichen Inhalten sowie Rechner und Speichermedien beschlagnahmt. Anlass seien laufende Ermittlungsverfahren, zu denen aber keine näheren Angaben gemacht wurden.

Die Soko Rex hatte in der Vergangenheit mehrmals Wohnungen und Einrichtungen der rechtsextremen Szene durchsucht. Bei der "Deutschen Stimme" gab es zuletzt 2009 eine Razzia. Damals wurde der Verlagsleiter verdächtigt, den Jahreskatalog 2009 "Germaniens Freiheit" zu vertreiben – mit einer Vielzahl von jugendgefährdenden Büchern, Tonträgern, Flaggen und Postern.

Tagesspiegel, 20.01.2011, **Nächtliche Attacken auf Nazi-Gegner**, Johannes Radke,  
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/naechtliche-attacken-auf-nazi-gegner/3711780.html>

Die Vorfälle häufen sich: Treffen linker Gruppierungen, die den Naziaufmarsch in Dresden in ein paar Wochen verhindern wollen, werden immer wieder durch Angriffe gestört - vermutlich von Rechtsradikalen.

Wenige Wochen vor Europas größtem Naziaufmarsch in Dresden häufen sich Attacken auf die Berliner Organisatoren der Gegenproteste. Am Dienstagabend gegen 21.30 Uhr warf ein Vermummter die Scheiben des Büros der Neuköllner Grünen in der Berthelsdorfer Straße mit einem Pflasterstein ein. In den Räumen saßen zu dieser Zeit sieben Parteimitglieder. Für sie steht fest, dass es sich um einen Angriff von Neonazis handelt, da für Mittwochabend in den Räumen eine Mobilisierungsveranstaltung gegen den jährlichen Aufmarsch geplant war.

Noch in der gleichen Nacht kamen die Täter erneut und verklebten die Türschlösser mit Sekundenkleber.

Der Staatsschutz ermittelt. Schon mehrfach war das Büro Ziel von Nazi-Attacken. In der Nacht zu Sonnabend wurde zudem ein linker Laden in Kreuzberg beschmiert. Heute wollen sich Aktivisten um 16.30 Uhr vor der sächsischen Landesvertretung in Mitte zu einem Blockadetraining treffen. Zehntausende verhinderten 2010 den rechtsextremen Aufmarsch.

Tagesspiegel, 20.01.2011, **Probesitzen gegen Neonazis Berliner wollen Dresdens Straßen blockieren**, Johannes Radke,

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/probesitzen-gegen-neonazis-berliner-wollen-dresdens-strassen-blockieren/3714216.html>

Hinsetzen, einhaken und sitzen bleiben - mit einem öffentlichen Training vor der sächsischen Landesvertretung in Mitte haben am Donnerstag Aktivisten für ihre Sitzblockaden am 19. Februar in Dresden geübt. Dann wollen wieder tausende Neonazis aus ganz Europa durch die Dresdner Innenstadt marschieren.

„Ich halte friedliche Sitzblockaden für ein legitimes Mittel“, sagte die 24-jährige Maren. „Wir können doch nicht einfach zusehen, wie Neonazis diese Stadt für einen Tag übernehmen.“ Die Politik-Studentin saß auch 2010 in Dresden auf der Straße. Damals war es rund 12 000 Gegendemonstranten erstmals gelungen, den jährlichen Aufmarsch zu verhindern.

Fast zehn Stunden lang blockierten sie bei Minusgraden die geplante Route. Mehr als 200 Reisebusse mit Nazi-Gegnern aus ganz Deutschland fuhren nach Dresden, davon rund 30 aus Berlin.

„Wir rechnen allein aus Berlin wieder mit weit über tausend Aktivisten“, sagte Judith Förster vom Bündnis „Dresden-Nazifrei“. Die Nachfrage nach Bustickets sei enorm. Jede Woche müssten weitere Busse gechartert werden. Am Dienstag rief neben Grünen und der Linken auch die SPD offiziell dazu auf, sich an den Protesten in Dresden zu beteiligen. Für Samstag lädt das Bündnis ab 11 Uhr zu einem Aktionstag mit letzten Informationen und Workshops zu den Blockadeaktionen in die Alice-Salomon- Hochschule nach Hellersdorf ein.

Auch in Berlin steht bald die nächste ultra-rechte Veranstaltung an. Am 4. März will die Bürgerbewegung Pro Deutschland im Rathaus Steglitz-Zehlendorf einen neuen Kreisverband gründen. Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ kündigte Demonstrationen an.

Thüringer Allgemeine, 20.01.2011, **Gerichtsurteil: Nazi-Aufmarsch hätte genehmigt werden müssen**, -, <http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Gerichtsurteil-Nazi-Aufmarsch-haette-genehmigt-werden-muessen-263698658>

Nach einer vom Verwaltungsgericht Dresden verkündeten Entscheidung hätte die Polizei eine am 13. Februar 2010 in Dresden geplante Demonstration der rechten Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland ungeachtet der vielen Proteste ermöglichen müssen. Linke-Fraktionsschef Bodo Ramelow hatte damals an der Gegendemonstration teilgenommen, danach wurde seine Immunität aufgehoben.

Dresden. Der Justizausschuss im Thüringer Landtag hob die Immunität von Linke-Fraktionsschef Bodo Ramelow damals auf, ihm wurde vorgeworfen, durch eine Blockade gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Er hatte ebenfalls am 13. Februar in Dresden an der Demo gegen den Aufmarsch Tausender Rechtsextremer am 65. Jahrestag der Zerstörung der Stadt durch alliierte Bombenangriffe teilgenommen. Linken-Politiker aus Thüringen, Sachsen und Hessen sowie Bundesabgeordnete hatten eine Open-Air-Sitzung als Protestaktion abgehalten. Ramelow bezeichnete das Vorgehen der Staatsanwaltschaft als infam. Sein politisches Engagement werde dadurch in ein strafrechtliches Licht gesetzt.

Rückblick: Die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) hatte sich damals im Vorfeld gegen die Auflage der Behörden, lediglich eine stationäre Kundgebung abzuhalten, in zwei gerichtlichen Eilverfahren erfolgreich zur Wehr gesetzt. Die Polizei hatte den geplanten Aufmarsch durch die Stadt dennoch wegen Sicherheitsbedenken untersagt. Die rund 6400 Rechtsextremen konnten daher lediglich eine Kundgebung abhalten. Die JLO zog deshalb gegen den Freistaat Sachsen vor Gericht. In seinem nun verkündeten Urteil verwies das Verwaltungsgericht Dresden auf das verfassungsrechtlich geschütztes Demonstrationsrecht. Der Freistaat habe es rechtswidrig unterlassen, "durch Einsatz geeigneter polizeilicher Mittel den Aufzug des Klägers" zu gewährleisten. (Az: 6 K 366/10). Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Mit einer Menschenkette und zahlreichen Aktionen setzten im vergangenen Jahr tausende Dresdner Bürger ein Zeichen gegen Rechts. Rund um den Neustädter Bahnhof, wo sich die Rechten sammelten, errichteten zudem mehrere tausend Gegendemonstranten an Engpässen und auf Brücken Blockaden, um den Aufmarsch der Rechtsextremen zu verhindern. Nach Angaben des Bündnisses "Nazifrei! Dresden stellt sich quer" sind auch in diesem Jahr am 13. Februar wieder Massenblockaden geplant.